

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. A. Dreyer, Auerbach
Herrn Dr. H. Dreyer, Auerbach
Herrn Dr. H. Dreyer, Auerbach
Herrn Dr. H. Dreyer, Auerbach
Herrn Dr. H. Dreyer, Auerbach

Abonnementspreis: Das Auer Tageblatt kostet im Jahre monatlich 2.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.80 Mark. Bei der Post bestellt monatlich 2.00 Mark, monatlich 2.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgebildeten, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind in der Geschäftsstelle oder beim Herrn Dr. H. Dreyer, Auerbach, zu erfragen. Die Anzeigenpreise sind in der Geschäftsstelle oder beim Herrn Dr. H. Dreyer, Auerbach, zu erfragen. Die Anzeigenpreise sind in der Geschäftsstelle oder beim Herrn Dr. H. Dreyer, Auerbach, zu erfragen.

Nr. 154.

Dienstag, den 5. Juli 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichskanzler wird Mittwoch im Reichstag und im Wirtschaftsrat das Steuerprogramm der Regierung vortragen.

In Deutheu ereignete sich durch rücksichtsloses Vorgehen französischer Soldaten ein schwerer Zwischenfall.

Zentrum, Erzberger und Deutsche Volkspartei.

Die innenpolitische Situation hat ohne Frage durch die Aussicht auf das politische Wiedererscheinen Erzbergers eine neue interessante Färbung erfahren. Auf der einen Seite ist die Polemik gegen den Vielangefeindeten von neuem auf der ganzen Linie aufgeflammt, und auf der anderen Seite sieht sich das Zentrum vor die Aufgabe gestellt, den von seinen Feinden strupplos verfolgten Erzberger zu schützen, als es manchem Zentrumsmann auf dem rechten Flügel lieb sein dürfte. Daneben spielt noch der Umstand mit, daß bekanntlich die Deutsche Volkspartei die Entscheidung über die Frage, ob sie wieder in die Regierung eintreten soll oder nicht, offenbar als bisher von dem Verbleiben oder Abgang Dr. Wirths abhängig macht. In der deutschvölkischparteilichen Presse geht man mit der Behauptung umher, daß Dr. Wirth mit den Unabhängigen aufs intimste befreundet sei, und es ist daher bemerkenswert, daß das führende Berliner Zentrumorgan, die Germania, am letzten Sonntag sich sowohl für Dr. Wirth als auch für Erzberger gegen die Deutsche Volkspartei einsetzte. Was Erzberger anlangt, so veröffentlichte das Zentrumblatt aus dem neuen gerichtlichen Material die bündige Widerlegung der aus dem Urteil im Helfferich-Prozess aufgestellten Behauptung, daß Erzberger den Zentrumsmitgliedern in einem speziellen Fall benutzt die Unwahrheit gesagt habe und bezog sich Dr. Wirths wird gesagt, daß es ein Irrtum sei, ihn für einen hoffnungslos radikalen Geist zu halten. Besser als jeder andere wisse der jetzige Reichskanzler, daß die nächste Entwicklung nicht bloß vom rein steuerlichen, sondern auch vom parteipolitischen Standpunkt ins Auge zu fassen ist, und im Übrigen sei allein die Deutsche Volkspartei daran schuld, wenn es Dr. Wirth nicht gelungen sei, die große Koalition von Stresemann bis Scheidemann zusammenzubringen und damit den mittleren Kurs sicherzustellen. Hier klingt deutlich die Annahme aus den Worten heraus, daß eine Entwicklung laun noch zu vermeiden sein wird. Die Germania sagt am Schluß ihres Aufsatzes ganz offen, daß es nicht gelingen werde, den mittleren Kurs in der Zukunft dauernd einzuhalten. Man wird gespannt sein dürfen, wie die Deutsche Volkspartei darauf reagiert, daß das Zentrum einerseits Erzberger deckt und andererseits die Deutsche Volkspartei noch einmal auffordert, in die Regierung einzutreten. Man wird auf die Antwort der Partei Stresemann neugierig sein dürfen, denn wie gesagt, diese hat gerade in der letzten Zeit besonders scharf sowohl gegen Dr. Wirth als gegen Erzberger sich ausgesprochen. Andererseits kann man aber gegen das Zentrum Politik in der nächsten Zukunft unter keinen Umständen treiben.

Der Friede mit Amerika.

Die Herstellung des formellen Friedenszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich bedeutet einen historischen Einschnitt von ganz außerordentlicher Bedeutung. Ob sie sofort auch rein praktisch und äußerlich einen einschneidenden Wechsel in den deutsch-amerikanischen Beziehungen herbeiführen wird, mag dahingestellt bleiben. Der Handel verkehr zwischen den beiden Ländern hat sich in der letzten Zeit trotz der einengenden Kriegsvorschriften von Monat zu Monat ausgedehnt; er wird jetzt von jenen gesetzlichen Hemmungen befreit und auf eine vertragsmäßige Grundlage gestellt werden, aber im wesentlichen wird er wie bisher durch die ökonomischen Möglichkeiten und Bedürfnisse auf beiden Seiten und durch die Handelspolitik bestimmt werden, die in der Union bekanntlich stark schutzzöllerischen Tendenzen zuneigt. Es ist möglich, daß die amerikanischen Kreditaktionen für die deutsche Verarbeitungsindustrie, von denen man schon so lange spricht, und die bisher in großem Stille nicht zustande kommen konnten, durch die Herstellung des Friedenszustandes gefördert werden; aber wichtiger als diese wird auch für die Kreditfrage die allgemeine Lage des Kontinents und die Gestaltung der europäischen Politik sein. Wenn diese Politik ruhigen Wiederaufbau, friedliche Vereinigung der europäischen Kräfte zur Überwindung der Kriegsfolgen, zur Steigerung der Leistung und zur Erhöhung der Wohlfahrt des Kontinents verdirgt, so wird Amerika zweifellos bereitwillig und entschlossen seinen Anteil am europäischen Geschäft übernehmen.

Es liegt in der Hand Amerikas, die europäische Politik selbst aktiv zu beeinflussen und auf die Bahnen ruhiger und nächster Konsolidierung zu lenken. Ein solcher Einfluß war in den letzten Monaten bereits zu spüren. Ob er alsbald offener und schärfer hervortreten wird, kann für den Augenblick zweifelhaft erscheinen. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten wünscht keine allzuenge Verbindung der Politik ihres Landes mit den Zwistigkeiten Europas und die amerikanische Regierung wird dieser Stimmung vermutlich dadurch Rechnung tragen, daß sie ihren Einfluß in London und Paris mehr freundschaftlich und diskret, als anspruchsvoll

demonstrativ ausübt. Der amerikanische Botschafter in London wird an den Beratungen des obersten Rates über die Frage der Sanktionen und über das Schicksal Oberschlesiens ohne Zweifel teilnehmen und er wird in diesen Fragen sicherlich bestimmte Meinungen haben und äußern. Aber seine Stellungnahme wird vielleicht nach außen nicht sehr betont hervortreten.

Man ist in Deutschland vielfach gewohnt, bei der Beurteilung der künftigen deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Hauptsache von den amerikanischen Handelsinteressen auszugehen, insbesondere von den Interessen der Rohstoffproduzenten, der Getreide- und Baumwollfarmer und der Kupfererzeuger, die den Absatz ihrer Produkte in Deutschland zu fördern wünschen und deshalb auf Erhaltung der deutschen Kaufkraft und der deutschen industriellen Leistungsfähigkeit drängen. Die Bedeutung dieser Gesichtspunkte und Interessen ist gewiß nicht zu unterschätzen.

Aber noch mehr als diese praktisch-kommerziellen Bedürfnisse wird schließlich die weltpolitische Annäherung der Vereinigten Staaten und Englands ins Gewicht fallen, die sich in der letzten Zeit immer deutlicher vollzieht. Amerika wird sich an Europa gewiß nicht „desinteressieren“; aber im großen und ganzen wird, wie die Dinge liegen, seine Haltung doch als Stärkung der englischen Europapolitik wirken.

Die Lage in Oberschlesien.

Räumung der ober-schlesischen Grenzbezirke.

Das Grenzgebiet war bis Sonntagabend noch nicht von den Insurgenten geräumt. Die Verbringung soll ihre Ursache in einem Mißverständnis der Befehle der Militärkommission haben. Inzwischen hat das polnische Hauptquartier angeordnet, daß Montag früh die Räumung der letzten Grenzbezirke beginnt.

Die Morning Post meldet aus Opatowitz: Die alliierten Regierungen haben genehmigt, daß die bisherigen Truppen Deutschlands auch nach Niederwerfung des Aufstandes vorläufig in Oberschlesien bleiben. Der Korrespondent der Morning Post stellt das gute Einverständnis der englischen Truppen mit der deutschen Zivilbevölkerung ausdrücklich fest.

Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs.

Der Eisenbahnverkehr in Oberschlesien ist im ganzen Industriegebiet bis Kattowitz wieder aufgenommen worden. Auch D-Flüge verkehren bereits wieder bis Kattowitz. Die Flüge werden sehr stark benutzt, doch wagt sich die deutsche Bevölkerung infolge des Amnestieerlasses der Interalliierten Kommission und mangels polnischer Schutzes in den ländlichen Orten des Industriegebietes noch nicht auf das flache Land hinaus.

Ohne wirtschaftliche Freiheit kein Wiederaufbau.

Der deutsche Industrie- und Handelstag zur neuen Lage.

Die Gewaltmaßnahmen und Schadenersatzansprüche unserer bisherigen Feinde, sowie die Frage der Geldbeschaffung für die übernommenen Verpflichtungen haben dem Hauptauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages zu folgender Entschiedenheit Veranlassung gegeben:

Nachdem von Deutschland die ungeheuren Forderungen der Feinde vom 5. Mai vorbehaltlos anerkannt worden sind, haben deren Gewaltmaßnahmen vom März, die von vornherein der rechtlichen Grundlage entbehren, auch den letzten Schein der Berechtigung verloren. Der Hauptauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages ist über die brutale Vergewaltigung eines wehrlosen Volkes entrüstet und verlangt, daß jene Maßnahmen, insbesondere die Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf, die Errichtung einer Zolllinie am Rhein, die Regelung der Ein- und Ausfuhr des besetzten Gebietes, durch die Feinde und die Erhebung einer hohen Abgabe von den in feindliche Länder eingeführten deutschen Waren sofort aufgehoben werden. Nachdrücklich ist der Schaden herbeizuführen, den die deutsche Volkswirtschaft durch die Zulassung der Einfuhr großer Mengen entbehrlicher Gegenstände über die Grenze des besetzten Gebietes erleidet.

Die Forderung von jährlich zwei Milliarden Goldmark und einer Summe, die 26 von Hundert der deutschen Ausfuhr beträgt, übersteigt jedes vernünftige Maß. Erheblichen Einwendungen unterliegt die Annahme, daß die Entwicklung der Ausfuhr ein zuverlässiger Maßstab für die Entwicklung der Zahlungsfähigkeit des Reiches sei. Wird gleichwohl dieser Maßstab beibehalten, so ist nur nach ihm die Verpflichtung des Reiches zu bemessen, ohne daß von der Ausfuhr selbst eine Abgabe erhoben wird. Eine Sondersteuer ist der Ausfuhr auf keinen Fall auszuliegen.

Am neuen dem sonstigen Bedarf des Reiches den Bedarf an Mitteln zur Abtragung der Schuld an die Feinde zu decken, wird eine riesige Steigerung der Steuerlast erforderlich sein. Bei der Auswahl und Inanspruchnahme der verschiedenen Steuerquellen muß äußerster Vorzicht walten, und die Ausführungen des Reichskanzlers über die Besteuerung der Produktionsmittel geben zu ersten Bedenken Anlaß. Denn eine Hemmung der Produktion muß unbedingt vermieden werden.

Nur wenn die wirtschaftlichen Kräfte sich zu entfalten vermögen, kann das deutsche Volk genesen und können auch, soweit es überhaupt möglich ist, die Ansprüche seiner Feinde von ihm befriedigt werden. Daher ist es auch notwendig, daß das durch die Schuld der Feinde so schwer mißhandelte Oberschlesien, das einen unerträglich großen Teil des deutschen Wirtschaftskörpers bildet, ihm im vollen Umfang erhalten bleibt.

Die neue Lohnsteuer.

Das Lohnsteuergesetz wurde im Steuerauschuß des Reichstages unter Zustimmung aller Parteien erledigt.

Bei Einkommen bis 24000 Mark wird bei Lohn- und Gehaltsempfängern durch 10prozentigen Lohnabzug die Steuer getilgt. Den Lohnempfängern sind gleichgestellt Empfänger von Bartgeld, Ruhegehalt, Witwen- und Waisenpensionen, Bezügen aus der Angestellten-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversicherung. Der Veranlagung unterliegen in dieser Einkommensstufe also nur noch die selbständigen Gewerbetreibenden und die freien Berufe. Alle, die der Lohnsteuer unterliegen, können für sich und die Ehefrau 1200 Mk., für jedes Kind 1800 Mk. und 1800 Mk. als Werbungskosten abziehen.

Dienstaufwandverpflichtungen werden in Zukunft besonders berechnet. Sie unterliegen der Besteuerung nicht. Damit bildet sich das Arbeitseinkommen in Annäherung an das Gehalt der Beamten fort. Familienangehörige, die nicht Haushaltvorstand sind, können die vorher erwähnten Abzüge machen, wenn mittellose Angehörige unterhalten werden müssen, besonders, wenn nach dem Tode des Vaters Familienangehörige im Haushalt der Witwe verbleiben und die Familien mit erhalten. Ueber 1800 Mk. hinaus können Werbungskosten bis 2700 Mk. ohne Veranlagung abgezogen werden, wenn der Nachweis dafür geführt ist. Darüber hinaus legt die Veranlagung ein.

Das Gesetz enthält ferner entgegenkommende Bestimmungen für die Erwerbslosen und für die Übergangszeit. Es ist anzunehmen, daß das Gesetz ohne Erörterung im Plenum verabschiedet werden wird. Es soll zum 1. Januar 1922 in Kraft treten.

Kleine politische Meldungen.

Geschichte des Weltkrieges. Das Reichsarchiv bearbeitet derzeit eine aktenmäßige deutsche Darstellung des Weltkrieges 1914—1918. In ihr werden zum ersten Male planmäßig die gesamten hier vorhandenen amtlichen Aktenbestände sowie die zahlreichen, dem Reichsarchiv von privater Seite zugegangenen Nachrichten verwendet. Ein Stab erfahrener Mitarbeiter ist damit beschäftigt nicht nur die militärische, sondern auch die politische und wirtschaftliche Geschichte des Krieges zu schreiben, die kulturelle und soziale Entwicklung in Deutschland während dieser Jahre zu schildern.

Eine neue Verordnung im besetzten Gebiet. Nach einer neuen Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission ist es aktiven deutschen Militärpersonen, den Angehörigen der Sicherheitspolizei und aller sonstigen Polizeibehörden unterlag, wenn sie sich in den besetzten Gebieten aufhalten, Militäruniformen oder irgendwelchen wesentlichen Teil der militärischen Bekleidung oder Ausrüstung oder ein militärisches Abzeichen zu tragen, sofern sie nicht im Besitze einer besonderen Erlaubnis der Interalliierten Rheinlandkommission oder des französischen, englischen, amerikanischen und belgischen Truppenführers innerhalb deren Besetzungsgebiete sind. Gleichzeitig damit wurde erneuert, daß alle deutschen Militärpersonen, sowie die der deutschen Polizei, Feuerwehre, Zoll- und Postwesen, wenn sie in Uniform sind, die Fahnen und Offiziers der alliierten Mächte zu führen haben, deutsche Offiziere nur in soweit, als es sich um alliierte Offiziere in gleichem oder höherem Range als dem ihrigen handelt.

Der lächerliche Unsinn der Reparationen. Walter Runciman sagte in einer in Newcastle gehaltenen Rede: Wir in England können nicht reich dadurch werden, daß wir Deutschland arm bleiben lassen. Ich möchte Deutschland wieder als aktiven Kunden unserer Produzenten sehen und wünsche manche Waren wieder von Deutschland zu kaufen. Wir wollen nicht, daß wir beim Einkauf von irgend einer Regierungsfirma oder durch irgend ein Gesetz kontrolliert werden. All der Unsinn, der jetzt über die Reparationen gesprochen wird, wird noch lächerlicher, wenn die Regierung durch gesetzliche Bestimmungen den Verkauf deutscher Güter und Waren zu verhindern wünscht, wodurch Deutschland allein Reparationen leisten kann.

Der Strafentwurf im Leipzig-Prozess gegen Stresemann. Im Prozess Stresemann-Crusius wurde gestern die Beweisaufnahme geschlossen. Der Oberreichsanwalt beantragte am Schluß seines 1½stündigen Vortrags gegen den Angeklagten Crusius unter Zuhilfenahme mildernder Umstände eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis.

Die Schließung der westlichen Grenzstellungen. Zwischen Frankreich und Belgien sind Verhandlungen geführt worden über einen gemeinsamen Antrag an den Obersten Rat, um die an den früheren Grenzen zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich bestehenden Grenzstellungenwerte, die jetzt von den Alliierten in Gebrauch genommen sind, von der Hilfe der zu schließenden Festungen im Rheinlande abzugeben. Von Frankreich geht der Plan aus, daß diese Festungen bis zur völligen Auseinandersetzung mit Deutschland, d. h. bis Deutschland alle Verpflichtungen erfüllt hat, noch im Besitze und Gebrauche der alliierten Truppen bleiben sollen. Es wäre später noch Gelegenheit, über die Zukunft dieser Festungen zu entscheiden. Die Festungen an Rhein sollen jedoch möglichst bald geschlossen werden, wozu gegenwärtig von der betreffenden Kommission die Vorbereitungen getroffen werden.

Deutsche Anfrage wegen Aufhebung der Sanktionen. Die amtliche Anfrage der Reichsregierung an den am 14. Juli zusammengetretenen Obersten Rat nach Aufhebung der Rheinland-Sanktionen ist am Freitag von den deutschen Botschaftern in Paris, London und Rom den alliierten Kabinetten überreicht worden. Dem Antrag ist eine ausführliche Begründung beigelegt, ebenso ist auf die Erklärung der Staatsminister auf der Londoner Konferenz hingewiesen, die Deutschland nach Annahme des Ultimatum ein Recht auf Aufhebung der Sanktionen gaben.

Eine neue Forderung der Alliierten an Deutschland. Wie Echo de Paris meldet, ist von den alliierten Kabinetten der